



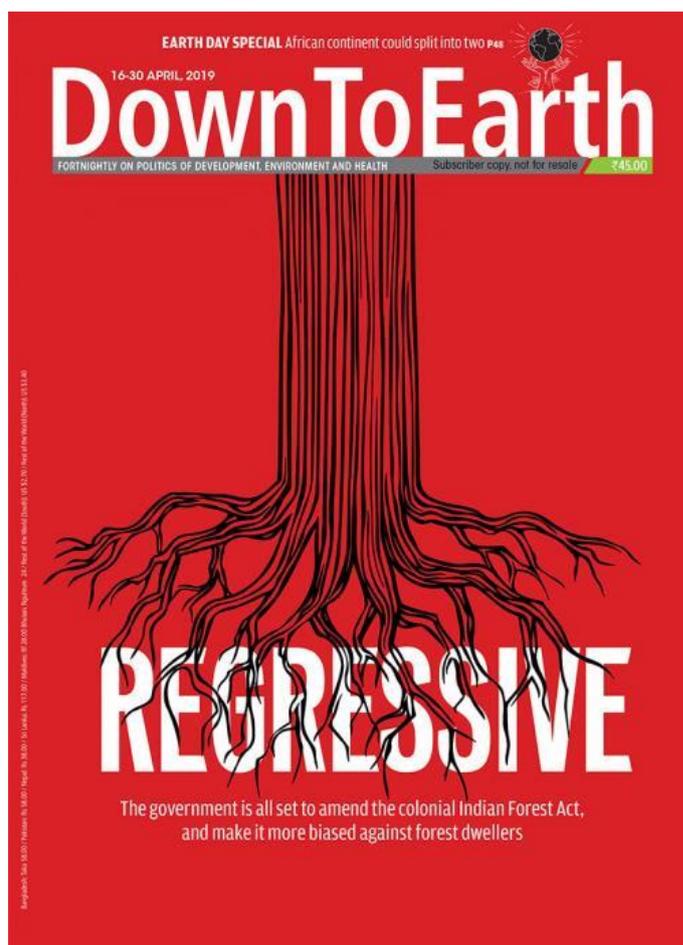
Adivasi-Rundbrief 69

- Solidarität mit Indiens Ureinwohnern -
Hg.: Adivasi-Koordination in Deutschland e.V.
Jugendheimstr.10, 34132 Kassel
Oktober 2019

Nr. 69/1: 22. Juli 2019: Adivasi und andere Waldbewohner*innen-Gemeinschaften organisieren indienweite Proteste

Das oberste Gericht Indiens hat in einem Urteil vom 13. Februar 2019 festgelegt, daß Adivasi, die in sogenannten geschützten Waldgebieten (Nationalparks; Naturschutzgebiete) leben und deren Besitzansprüche in einem längeren Verfahren von den Bundesstaaten nicht anerkannt wurden, bis Ende Juli 2019 ihren angestammten Lebensraum verlassen müssen. Ungefähr 1 Million Menschen sollen betroffen sein (siehe Adivasi-Rundbrief 67). Mit einem Urteil vom 28. Februar 2019 hat das Oberste Gericht die Umsetzung des Urteils vom 13. Februar gestoppt. Der große nationale Protesttag zu Waldrechten wurde auf den 22. Juli 2019 terminiert, nachdem das Oberste Gericht ab dem 24. Juli das Thema wieder aufgreifen wollte. Überlegungen der indischen Regierung, die Waldrechte einzuschränken, wurden bei dem großen Protesttag ebenfalls thematisiert. Die indienweite Aktion wurde organisiert von einer Plattform unter Federführung von Bhumi Adhikar Andolan (Bewegung für die Landrechte). Als Vorbereitung auf den Protesttag war am 1. und 2. Juli eine Konsultation auf nationaler Ebene vorangegangen.

Presseerklärung von Bhumi Adhikar Andolan: Adivasis and the Forest Dwelling Communities Organise Nationwide Protests Ahead of the Supreme Court Hearing; 22.7.2019



Titelblatt der Zeitschrift „Down to Earth“, Ausgabe 16-30 April, 2019. „Regressiv: Die Regierung ist mit Nachdruck darauf aus, die aus der Kolonialzeit stammende Waldgesetzgebung zu ändern und diese nachteiliger für die Waldbewohner zu machen.“

„Der Schutz der Wald- und Landrechte lokaler Gemeinschaften ist eine äußerst wichtige Waffe im Kampf gegen den Klimawandel. Die internationale Gemeinschaft hat wiederholt diese Tatsache anerkannt“

Erklärung einer Gruppe von 43 Organisationen aus 24 Ländern vom Juli 2017

<https://forestrightsact.com/2019/07/22/two-days-before-supreme-court-hearing-groups-from-24-countries-say-government-undermining-fight-against-climate-change-by-attacking-forest-rights/>

Nr. 69/2: Chhattisgarh: Adivasi-Protest erfolgreich: Der Ministerpräsident stoppt Bergbau-Aktivitäten

Ein vorläufiger Erfolg: Im Juni diesen Jahres protestierten ungefähr 10.000 Adivasi gegen Bergbau-Aktivitäten in Bailadila im Distrikt Dantewada, Chhattisgarh. Der Berg Nandraj wird von den Adivasi als heilig betrachtet (ähnlich wie der Nyamgiri-Berg in Odisha für die dortigen Dongria Khond ein „heiliger Berg“ ist – siehe Adivasi-Rundbrief 49). Die Berge von Bailadila sind entsprechend einem besonderen Verfassungszusatz („Fifth Schedule“) als „scheduled area“ registriert. Hier gelten die traditionellen Formen der Selbstorganisation der Dorfbewohner*innen gemäß dem sogenannten PESA Act („Provisions of the Panchayats [Extension to the Scheduled Areas] Act 1996“) (siehe Adivasi-Rundbrief 23). Die offizielle Dorfversammlung („gram sabha“) hätte die Erlaubnis zu den Bergbau-Aktivitäten geben müssen. Bestätigungen von Dorfversammlungen, daß gegen Bergbau-Aktivitäten keinerlei Einwände bestehen („no-objection certificate“), sind aufgetaucht. Die Echtheit dieser Bestätigungen wird auf Anweisung des Ministerpräsidenten von Chhattisgarh überprüft. Aktivist*innen befürchten, daß der Ministerpräsident die Bergbau-Aktivitäten nur temporär gestoppt hat. Sie fordern, er solle transparent machen, auf welcher rechtlichen Grundlage er die Arbeiten einstellen ließ.

Down to Earth, Fortnightly on Politics of Development, Environment and Health, 11.6.2019 „Chhattisgarh CM stays mining activities in Bailadila“ <https://www.downtoearth.org.in/news/mining/chhattisgarh-cm-stays-mining-activities-in-bailadila-65028>

Nr. 69/3 Kriminalisierung der Pathalgadi-Bewegung: Adivasi aus Jharkhand und Unterstützer*innen protestieren

Parallel zum indienweiten Protesttag für die Erhaltung der Waldrechte demonstrierten Adivasi aus Jharkhand ebenfalls am 22. Juli 2019 in Ranchi dagegen, daß Adivasi aus dem Distrikt Khunti wegen „Aufruhr“ (sedition) angeklagt und kriminalisiert werden. Hintergrund ist die Bewegung in Adivasi-Dörfern im Distrikt Khunti, Pathalgadi-Steine aufzustellen (siehe Adivasi-Rundbrief 65). „Pathalgadi“ bezieht sich auf die Tradition in Munda-Dörfern, am Dorf-Eingang Monolithen aufzustellen, auf denen die Ahnen einer bestimmten Familie aufge-

führt sind. Diese Tradition hat in jüngster Zeit eine Politisierung erfahren. Jetzt stehen auf den Steinen etwa zentrale Bestimmungen der Gesetzgebung für mehr Adivasi-Selbstbestimmung auf kommunaler Ebene, dem „Panchayats (Extension to Scheduled Areas) Act“ (PESA) von 1996 oder Auszüge aus der indischen Verfassung. Hintergrund dieser gewandelten Tradition ist der Widerstand gegen die Aufweichung der in Jharkhand geltenden Gesetze zum Schutz von Adivasi-Land, etwa des Chotanagpur Tenancy Act von 1908. Auf den Monolithen stehen teils auch lokal festgelegte Regeln – etwa hinsichtlich begrenztem Zugang zu dem jeweiligen Dorf für Außenstehende. Derartige lokal festgelegte Regeln nehmen die Sicherheitskräfte zum Anlass, gegenüber den Dorfbewohnern Repression und Gewalt auszuüben. Im Jahr 2018 sind in mehreren Dörfern Razzien durchgeführt worden: Wohnhäuser wurden beschädigt, Dorfbewohner*innen von Polizisten geschlagen. Die Polizei wählt nach Zufallsprinzip eine(n) Dorfbewohner*in aus, um ihn/sie zu verhören. Die Polizei hat sich in mindestens neun Schulen und zwei Gemeinschaftsgebäuden in „Camps“ niedergelassen. 30.000 namentlich nicht benannte Personen sind unter mehreren drakonischen Gesetzen – einschließlich ein Gesetz, das „Aufruhr“ verbietet – angeklagt worden. Diejenigen, die sich auf die Seite der Adivasi des Distriktes Khunti gestellt haben, wurden ebenfalls des „Aufruhrs“ bezichtigt. Gegen einige wurden Haftbefehle ausgestellt.

sabrangindia.in 22.7.2019 „Every 10th Adivasi of Jharkhand’s Pathalgadi area have been charged with sedition!“

„Die Landesregierung von Jharkhand sollte sofort eine Untersuchung einleiten hinsichtlich erheblicher Menschenrechtsverletzungen im gesamten Bundesland – in der Form von Verletzungen von Adivasi-Rechten, Lynchjustiz durch Mobs und Angriffe gegen Frauen.“
Elina Horo, Adivasi Women’s Network, bei der Kundgebung in Ranchi am 22.7.2019. Quelle: s.o. – sabrangindia.in

„Die brutale Art und Weise, in welcher die Landesregierung von Jharkhand mit der Pathalgadi-Bewegung umgeht, ist ein Fall von krasser Überreaktion auf legitime und gewaltfreie Forderungen der lokalen Adivasi. Die Tradition der Selbst-Regierung in Khunti sollte wertgeschätzt und gefeiert werden.“

Jean Dreze, Sozialwissenschaftler, bei der Kundgebung in Ranchi am 22.7.2019. Quelle: s.o. – sabrangindia.in



Der obere Teil eines Pathalgadi-Steines, fotografiert im Jahr 2018 in Kochang, Distrikt Khunti, Jharkhand. Bild: Deepak Kisku

Nr. 69/4: Bestehende Landrechte werden ignoriert: In ganz Jharkhand hat der Staat etwa 850.000 Hektar Land für eine „Landbank“ registrieren lassen

Es war ein sonniger Nachmittag, eine schwere Hitzewelle war ins Land gezogen. Das Dorf Perka, Entwicklungsblock Murhu, Distrikt Khunti in Jharkhand lag verlassen da. Die 550 Einwohner – überwiegend Adivasi von der Gemeinschaft der Munda – blieben in ihren Häusern, um sich vor der Hitze zu schützen. Nur wenige ruhten sich draußen auf einem Bettgestell im Schatten aus. Der Mehrheit von ihnen war nicht bewußt, daß die Landesregierung drei Grundstücke Gemeinschaftsland mit einer Fläche von 490 Hektar als Eigentum der Landbank registriert hatte. Dieser Schritt war vom Ministerium für Finanzen und Landreform vorbereitet worden. Das Land ist Teil von 850.000 Hektar nicht kultiviertem und Gemeinschafts-

Land, das im ganzen Land der Landbank zugeschlagen wurde, um Industriebetriebe anzulocken. Die Eigentümerschaft über das Gemeinschaftsland („jamabandi“) ist annulliert worden. Die Landesregierung sagt, das bedeute hinsichtlich „Entwicklung“ einen großen Sprung nach vorne, so könne die Zuweisung von Land für Industriebetriebe erleichtert werden. Im Jahr 1932 wurde den Dorfbewohner*innen das Waldland zur Nutzung zugestanden. Dies ist in den offiziellen Grundbüchern (Khatiyani – Teil II) registriert worden. Entsprechend den Bestimmungen der Forstgesetzgebung von 2006 hätten die Behörden die Rechte der Bewohner*innen auf den Dorfwald respektieren müssen.

18.6.19 www.newsclick.in Jharkhand's Land Bank: Injustice to Adivasis Continues.



zu Nr.69/3: Demonstration am 22. Juli 2019 in Ranchi vor dem Gouverneurs-Haus. Foto: Janadhikar Manch

Nr. 69/5: Buchhinweis: Eine unkritische „Geschichte der deutschen Entwicklungspolitik“ – „Rourkela“ bedeutete für zwangsumgesiedelte Adivasi weit mehr als nur „Nicht-Entschädigung“

Seit 2015 gibt es eine „Geschichte der deutschen Entwicklungspolitik“ von Michael Bohnet. Es handelt sich laut auf der Rückseite abge-

drucktem Text um einen „utb-Band aus dem Verlag UVK/Lucius mit dem „[...] gemeinsamen Ziel: Lehrbücher und Lernmedien für das erfolgreiche Studium zu veröffentlichen.“ An selber Stelle wird über die deutsche Entwicklungspolitik verlautbart: „Außen- und Sicherheitspolitik, Wirtschafts- und Rohstoffpolitik sowie Umwelt- und Friedenspolitik waren stets durchwoben von ethisch-humanitären Motiven“. Wenn man die Fakten ausblendet, kann man derartige Aussagen treffen. Hier ein Beispiel: Zum Projekt „Rourkela“ schreibt der Autor auf Seite 42: „Das Rourkela Stahlwerk wurde mitten im Urwald geplant. 16.000 Menschen wurden umgesiedelt. Zahlreiche Pannen und Fehler sind beim Bau aufgetreten (z.B. Nichtentschädigung der umgesiedelten Bewohner)...“ Vor einigen Jahren hat sich die Adivasi-Koordination (AKD) intensiv mit dem Thema "Zwangsumsiedlungen von Adivasi in den 1950er Jahren durch das indisch-deutsche Projekt ‚Stahlwerk Rourkela/Orissa‘" beschäftigt (siehe dazu die Website der AKD). Zu den von der AKD veröffentlichten Dokumentationen zählen unter anderem das Buch "Rourkela und die Folgen. 50 Jahre industrieller Aufbau und soziale Verantwortung in der deutsch-indischen Zusammenarbeit" (Heidelberg 2007) und das Buch "Verraten und verkauft in Rourkela. Zeitzeugen berichten von der Enteignung durch das deutsch-indische Stahlwerksprojekt Rourkela" (Heidelberg 2011). Diese Publikationen sind in einer Darstellung der „Geschichte der deutschen Entwicklungspolitik“, erschienen in einem sich unter anderem auf Wirtschaftswissenschaften und Politikwissenschaft spezialisierenden Verlag, nicht berücksichtigt worden. Aus den Publikationen geht hervor, daß mehr als 20.000 Adivasi unter Zwang umgesiedelt wurden, was bis heute große Traumata hinterlassen hat. Eine Menschenrechtsverletzung von gewaltiger Dimension, verübt im Kontext eines sehr großen und zur damaligen Zeit sehr bekannten bundesdeutschen Projekt, wird in der „Geschichte der deutschen Entwicklungspolitik“ verharmlost.

Michael Bohnet, Geschichte der deutschen Entwicklungspolitik: Strategien – Innenansichten – Zeitzeugen – Herausforderungen, Konstanz und München 2015, 284 Seiten, 19,99 Euro

Nr. 69/6: Veranstaltungsankündigung Neustadt/Weinstraße: „Berichte und Bilder aus einem anderen Indien“

Zu allen Zeiten wurde der Reichtum Indiens – und dies gilt so bis heute – von Menschen durch schwerste Arbeit und mittels der ihnen enteigneten Ressourcen (Land, Wald, Wasser, Bodenschätze) geschaffen. Aber der Beitrag dieser Menschen wurde nie anerkannt. Dies sind die Angehörigen der Ureinwohner-Bevölkerung und die früher „unberührbar“ Genannten.

Referent: Johannes Laping (Adivasi-Koordination), Kulturverein Wespennest, Friedrichstr. 36 – Neustadt/Weinstr., 24.10.2019, 19:30 Uhr

Adivasi-Rundbrief Nr. 69, Oktober 2019
 Herausgeber: Adivasi-Koordination in Deutschland e.V., Hans Escher, Weiherstr. 12, 35578 Wetzlar, escher_hallwas[at]freenet.de; Dr. Theodor Rathgeber, 34132 Kassel. Spenden zur Deckung der Kosten sind sehr erwünscht. Spendenkonto der Adivasi-Koordination bei der Evangelischen Bank, IBAN DE 60 5206 0410 0004 0037 64 BIC GENODEF1EK1. Vertrieb: Einzelzustellung (per email) und Beilage in der Zeitschrift SÜDASIEN. Die Veröffentlichung des Rundbriefes in SÜDASIEN wird gefördert durch das Evangelische Missionswerk (EMW) Hamburg. Sämtliche Adivasi-Rundbriefe sind zugänglich unter www.adivasi-koordination.de